

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 16. Juni 2022, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Martin Allemann

Peter Aegerter, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs (bis und mit Traktandum 7, 19.25 Uhr), Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Alwin Hostettler, Daniela Huber Notter, Reto Kestenholz, Nicole Krenger (bis und mit Traktandum 8, 19.40 Uhr), Alice Kropf, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Michelle Marbach, Marianna Oesch Bartlome, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Franz Schori, Nina Siegenthaler (bis und mit Traktandum 4, 18.10 Uhr), Alois Studerus, Markus van Wijk, Daniel Waldspurger, Cloe Weber, Simon Werren, Ronald Wyss, Sarah Zaugg

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch und Andrea de Meuron, Gemeinderäte Konrad Hädener und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Lorina Winkler

Entschuldigt

Stadträtinnen Franziska Eggenberg, Manon Jaccard, Christine Klopfenstein

Schluss der Sitzung

20:00 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst die Anwesenden zur 5. Stadtratssitzung des Jahres. Er gratuliert Stadtrat Mathias Berger zum Geburtstag. Zurück im Stadtrat begrüsst er Claude Schlapbach. Die Leitung des dritten Traktandums wird heute der erste Vizestadtratspräsident Manfred Locher übernehmen.

Die Traktandenliste wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

52. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12. Mai 2022

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

53. Sachkommission Sicherheit und Soziales

Ersatzwahl für den verstorbenen Hanspeter Aellig (FDP)

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die Sachkommission Sicherheit und Soziales wird als Mitglied anstelle von Hanspeter Aellig (FDP) per sofort gewählt: Claude Schlapbach (FDP).

54. Schulkommission

Ersatzwahl Präsidium für den zurücktretenden Schulkommissionspräsidenten Markus van Wijk (FDP)

Der erste Vizestadtratspräsident behandelt das Traktandum 3, da der Stadtratspräsident für die Wahl als Schulkommissionspräsident vorgeschlagen wurde. Es wurden zwei Wahlvorschläge eingegeben.

Adrian Christen, **Fraktion SP**, begründet die Kandidatur von Martin Allemann zur Wahl als Schulkommissionspräsidenten. Martin Allemann ist seit 2013 in der Schulkommission und seit 2017 als Vizepräsident für die Sekundarstufe zuständig. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung kennt er die Geschäfte, Abläufe und die einzelnen Schulen bestens. Da es bei der Wahl nur um die nächsten fünf Monate geht, ist es im Sinne der Kontinuität sinnvoll, jemand Bestehendes und Erfahrenes ins Amt zu wählen, der per sofort Verantwortung übernehmen kann. Martin Allemann unterstützte die Idee der Kontinuität schon immer, weshalb er vor drei Jahren auch nicht gegen den damaligen Präsidenten antrat. Er möchte als aktiver Präsident die Schulkommission als Gesamtes stärken und die Gemeinsamkeit fördern. Über die Unterstützung durch den Rat würde er sich freuen.

Peter Aegerter, **Fraktion SVP**, versteht unter einer Wahl, dass man eine Auswahl hat. Der Stadtrat ist in der glücklichen Lage, den besser geeigneten Kandidaten wählen zu können. Mit Mathias Berger schlägt die SVP-Fraktion jemanden vor, der als ausgebildeter Lehrer einerseits die Bedürfnisse der Schulen kennt, als Jurist aber auch mit den rechtlichen Aspekten bestens vertraut ist. Die Schulkommission hat im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bildungsauftrags der Volksschule die gesetzliche Aufsichtspflicht definiert, die unter dem Präsidium von Martin Berger vermehrt wahrgenommen werden soll. Ebenso soll die Zusammenarbeit mit den Schulleitungen und mit dem Amt für Bildung und Sport weiter verbessert werden. Als Teamplayer mit langjähriger Führungserfahrung und hoher Sozialkompetenz will Mathias Berger die Schulkommission im heutigen anspruchsvollen Umfeld mit neuen Ideen zu mehr Teamwork

führen. Mathias Berger will explizit kein Übergangspräsident sein. Die teilweise bereits eingeleitete Reorganisation führt dazu, dass noch vieles unklar ist. Deshalb ist auch ihm die Kontinuität ein Anliegen und er ist sehr motiviert, das anspruchsvolle Amt zu übernehmen und dafür sein berufliches Engagement zu reduzieren. Es darf in dieser Sache auch etwas bürgerlich gedacht werden. Mit ihrem Kandidatenvorschlag will die SVP-Fraktion nicht etwa Martin Allemann angreifen – erstens ist er heute nicht Schulkommissionspräsident und zweitens soll ein bisher bürgerliches Amt bürgerlich bleiben. Er hofft, mit seinem Argumentarium den Rat für die Wahl von Mathias Berger überzeugt zu haben.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion glp/EVP/EDU**, setzt auch grossmehrheitlich auf Kontinuität. Seine Fraktion ist grossmehrheitlich der Überzeugung, dass in diesem Fall die Erfahrung eine wichtige Rolle spielt und dazu führt, dass der Übergangspräsident nahtlos weiterarbeiten kann. Sie werden deshalb grossmehrheitlich die Wahl von Martin Allemann unterstützen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, betont, dass auch Martin Allemann kein Übergangspräsidium anstrebt.

Auf Mathias Berger entfallen 19 Stimmen, auf Martin Allemann entfallen 18 Stimmen.

Der Rat genehmigt folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die Schulkommission wird als Übergangspräsident per sofort gewählt: Mathias Berger (SVP).

Der erste Vizestadtratspräsident dankt beiden Herren für ihre Bereitschaft zur Kandidatur für dieses anspruchsvolle Amt und gratuliert dem obsiegenden Mathias Berger.

55. Jahresrechnung und Jahresbericht 2021

Genehmigung

Bericht des Gemeinderates 10/2022

a) Eintretensdebatte über den ganzen Bericht

Gemeinderätin Andrea de Meuron stellt die Fortsetzung eines positiven Trends fest; der Abschluss ist besser als budgetiert. Der Gemeinderat ist erfreut und erleichtert darüber, dass sich die düsteren Prognosen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie in Bezug auf die Finanzen nicht bestätigt haben. Das Budget 2021 war am 5. März 2020 erstellt worden – nur elf Tage, bevor der Bundesrat den Notstand ausrief. Der Gemeinderat hat das Budget auf den gleichen Grundlagen wie immer erstellt. Das Minus von 15.7 Mio. Franken wurde dem Stadtrat vorgelegt und von diesem einstimmig bewilligt. Erfreulicherweise fiel der Steuerertrag viel besser aus als angenommen. Auch beim Sach- und Betriebsaufwand gibt es plausible Gründe für die tieferen Ausgaben, unter anderem wegen der pandemiebedingten Lieferschwierigkeiten. Bei den Einlagen in Lastausgleichssysteme, vor allem bei der Sozialhilfe und dem öffentlichen Verkehr, war man von deutlich höheren Kostennachteilen ausgegangen. Die Auflösung des Asylfonds durch den Stadtrat brachte zudem einen Einmaleffekt. Nicht zuletzt zeigen sich auch die unbesetzten Stellen aufgrund des Fachkräftemangels in der Jahresrechnung. Bei den Nettoinvestitionen fällt auf, dass der Realisierungsgrad nur 48 Prozent beträgt. Dies möchte sie relativieren: Erstens war das Rechnungsjahr pandemiegeprägt und Projekte mussten aus guten Gründen verschoben werden. Dem Gemeinderat ist es wichtig, die Gründe für den tiefen Realisierungsgrad zu kennen, und er ist bestrebt, diesen zu verbessern. Seit letztem Jahr gibt es auch eine Kategorie «Sachplanwert Plus», mit der eine bessere Genauigkeit erreicht werden soll. Im Vergleich mit anderen Städten ist das Nettovermögen nach wie vor sehr gut. Auch

beim Steuerertrag zeigt sich eine positive Entwicklung, welche sie jedoch relativiert, da fast die Hälfte des Steuerertrags umgehend wieder in die sechs Lastenausgleichssysteme fliesst. Die steigenden Einnahmen sind unbedingt auch mit den steigenden Bedürfnissen und Aufgaben ins Verhältnis zu setzen. Sie weist hier insbesondere auf die knappen personellen Ressourcen hin. Zusammenfassend hält Gemeinderätin Andrea de Meuron fest, dass man sich freuen darf, jedoch nicht in Euphorie verfallen sollte. Vor zwei Jahren gab es viele Fragezeichen zu den künftigen Entwicklungen der Stadtfinanzen. Heute ist die Situation angesichts des Kriegs erneut instabil, das Rechnungsjahr sieht ein Defizit von 8.7 Mio. Franken vor. Sie hofft, dass auch dieses tiefer ausfallen wird. Bei einem Blick in die Zukunft stellt man fest, dass im Planungszeitraum 2022 - 2025 die Selbstfinanzierung aus der Erfolgsrechnung nicht reicht, um die geplanten Investitionen zu finanzieren. Wenn dies eintritt, steht die Stadt vor einem kumulierten Fehlbetrag von fast 50 Mio. Franken. Es wäre deshalb wenig verantwortungsvoll, die Thuner Steuerpolitik in den Grundzügen auf einen anderen Kurs bringen zu wollen. Der Gemeinderat orientiert sich weiterhin klar an dieser stetigen, vielleicht langweiligen, aber nachvollziehbaren Finanzpolitik. Sie beantragt beim Rat, den Ertragsüberschuss von 5.5 Mio. Franken in die Spezialfinanzierung baulicher Unterhalt einzulegen, und hofft auf eine gute Aufnahme des Antrags.

Daniela Huber Notter, **BRK**, bedankt sich für die ausführlichen und übersichtlichen Unterlagen. Im Februar 2020, als die erste Pandemiewelle durch die Schweiz rollte, wurden die Direktionen angehalten, das Budget 2021 zu erarbeiten – eine Herkulesaufgabe! Am 23. Oktober des gleichen Jahres wurde eine Medienmitteilung verschickt mit dem Titel «Coronakrise prägt ein defizitäres Budget 2021», man rechnete mit einem Minus von 15.7 Mio. Franken. Umso erfreulicher ist, dass aus dem budgetierten, grossen Minus ein solides Plus resultiert. Die Besprechung der Rechnung 2021 in der BRK war kurz und knackig. Sie hält fest, dass bezüglich Steuererträge eine nachhaltige Stadtentwicklung stattfindet und dankt der Verwaltung, die einmal mehr sehr sorgfältig mit den finanziellen Ressourcen haushaltet. Bei der Revision hat sich gezeigt, dass die Zusammenarbeit zwischen der internen und externen Revisionsstelle gut funktioniert. Die beiden Stellen pflegen auch durchs Jahr einen regen Austausch, was sich positiv auswirkt. Das vorliegende Rechnungsergebnis entspricht den gesetzlichen Vorschriften und die externe Revisionsstelle beantragt, die Jahresrechnung 2021 zu genehmigen. Stadträtin Huber Notter dankt der Verwaltung für die sorgsame und umfassende Aufbereitung der Dokumentation und empfiehlt dem Rat, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen.

Daniela Huber Notter, **Fraktion Die Mitte**, schliesst sich der BRK an. So gut und solide die Jahresrechnung 2021 auch abschliesst, werden sehr schwierige Jahre mit schwierigen Budgets auf die Stadt zukommen. Nicht nur die Verwaltung muss zu den Ressourcen Sorge tragen, auch der Stadtrat ist stark gefordert. Sie legt ein Augenmerk auf die Spezialfinanzierung Abfall: Die Bevölkerung äusserte Unmut, als im Abfallhof ab dem 1. Januar 2022 eine Servicegebühr von 5 Franken pro Lieferung erhoben wurde. Der Bilanzfehlbetrag der Spezialfinanzierung muss bis 2027 durch erwirtschaftete Überschüsse abgebaut werden. Die Fraktion dankt der Verwaltung für die ausführliche Dokumentation und wird dem Antrag des Gemeinderats einstimmig folgen.

Nina Siegenthaler, **Fraktion SP**, ist über die positive Jahresrechnung erfreut. Der Steuerertrag brach nicht wie befürchtet ein, eine stärkere Belastung der Sozialhilfe bewahrheitete sich nicht und die staatlichen Unterstützungsmassnahmen haben den gewünschten Effekt erzielt. Dass der Ertragsüberschuss für eine zusätzlich Einlage in die Spezialfinanzierung baulicher Unterhalt verwendet wird, ist zu begrüssen. Bezüglich Stellenmoratorium haben sich die Umstände geändert: Anlässlich des guten Jahresabschlusses erachtet sie dieses nicht mehr als legitim. Es kann im Hinblick auf das Budget 2023 aufgehoben werden, damit die Aufgabenerfüllung der Stadt mit genügend Ressourcen gestärkt werden kann für künftige Herausforderungen. Die SP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig und in allen Punkten.

Susanne Gygax, **Fraktion glp/EVP/EDU**, bedankt sich für die geleistete Arbeit. Man könnte sich zurücklehnen, jedoch sollte man weiterhin gut hinschauen. Auch ihre Fraktion ist für eine Aufhebung des

Stellenmoratoriums, damit die Direktionen nach Möglichkeit und Notwendigkeit gute Fachkräfte rekrutieren können. Sie stimmen dem Antrag des Gemeinderats zu.

Thomas Bieri, **Fraktion SVP**, hat Jahresrechnung und Berichterstattung mit Freude zur Kenntnis genommen. Man sollte entsprechende Schlüsse aus den Zahlen ziehen: Der Gesamthaushalt wie auch der allgemeine Haushalt haben trotz negativer Budgetierung mit einem Ertragsüberschuss bzw. einem ausgeglichenen Resultat abgeschlossen. Mit Ausnahme der Parkplatz-Ersatzabgabe konnten alle Spezialfinanzierungen positiv abgeschlossen werden – und das in einem von Unsicherheit geprägten Jahr. Ein rundum positiver Finanzabschluss in einer schwierigen Zeit. Die Stadt ist finanziell auf einem guten bis sehr guten Weg mit einem hohen Finanzstandard. Es stellt sich deshalb die Frage, ob man diesen Standard zukünftig ausbauen oder konsolidieren könnte, so dass die Bürgerinnen und Bürger und juristischen Personen von Steuern und Abgaben entlastet werden könnten. Gerade in der aktuellen Lage wäre dies eine sehr willkommene Massnahme. Die SVP-Fraktion wird die Jahresrechnung und den Jahresbericht einstimmig annehmen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, fand den Hinweis aus dem Vorwort des Gemeinderats prägend, dass wir auch aktuell in Europa und weltweit in einer der grössten Krisen der jüngeren Vergangenheit sind – mit unendlichem Elend und nicht absehbaren Schäden, was wir auch in Thun hautnah mitbekommen. Diese historisch einmalige Krise wird uns weiterhin beschäftigen und der «*courant normal*» wird sich auf absehbare Zeit einstellen. Natürlich steht in erster Linie menschliches Elend im Vordergrund, doch die wirtschaftlichen Folgen werden ebenso dramatisch sein. Krisen lehren uns Demut und Dankbarkeit für unsere eigene Situation. Die Wirtschaft brummt noch, doch die Anzeichen stehen auf Inflation und Rezession. Die Demokratie und der gesellschaftliche Zusammenhalt sind bei uns noch intakt. Auch der Staat, der mit milliardenschweren Hilfs- und Unterstützungspaketen gehandelt hat, hat uns zu diesem guten Rechnungsabschluss verholfen. Thun hat aber auch aus eigener Kraft im vergangenen Jahr sehr umsichtig gehandelt. Man kann nicht genug den Direktionen und allen beteiligten Angestellten danken, die solide und vorsichtige Arbeit in dieser speziellen Zeit geleistet haben. Seiner Fraktion fielen die verschiedenen Stellenbegehren auf und sie hoffen, dass dieser zusätzlicher Ressourcenbedarf koordiniert und abgestimmt wird und dem Stadtrat im Budget 2023 plausibel erklärt wird. Angesichts der sich wohl anbahnenden Weltwirtschaftskrise wird die Stadt Thun die Prioritäten ihrer geplanten Investitionen neu überdenken müssen. Die Fraktion Grüne/JG stimmt den gestellten Anträgen einstimmig zu.

Markus van Wijk (FDP) ist zufrieden mit der Jahresrechnung und bedankt sich auch für den attraktiven und gut leserlichen Jahresbericht. In einer Krise ist es umso wichtiger, finanzpolitische Prioritäten zu setzen. Ein Blick in die Zukunft zeigt besonders auf der wirtschaftlichen Seite sorgenbereitende Entwicklungen: Die Hyperinflation, deren Bekämpfung durch die Anhebung der Leitzinse, Probleme der Lieferketten und die sich abzeichnende Versorgungsmangellage werden die Stadtfinanzen zeitnah betreffen. Er ist deshalb froh, dass die Jahresrechnung 2021 noch ausgeglichen ist. Künftige Schulden werden nicht mehr so tief verzinst werden können. Die Auswirkungen des erhöhten Leitzinses werden sich bemerkbar machen. Die FDP setzt sich ein für eine weiterhin restriktive Ausgabenpolitik und die richtige Prioritätensetzung sowie eine optimale Bewirtschaftung des steuerbaren Einkommens. Die FDP wird die Jahresrechnung 2021 annehmen.

Alice Kropf (SP) entgegnet auf die vorangehenden Voten, dass es genau in solchen Krisenzeiten wichtig ist, dass die öffentliche Hand investiert und so die Auswirkung von Krisen für alle gering halten und auffangen kann. Sie ist nicht für eine restriktive Finanzpolitik – genau das Gegenteil ist nötig.

b) Detailberatung

Teil A - allgemeine Berichterstattung
Keine Bemerkungen

Teil B - Jahresrechnung 2020

Keine Bemerkungen

Teil C - Produktgruppenrechnungen 2020

Direktion Präsidiales und Stadtentwicklung (P+StE)

Keine Bemerkungen

Direktion Bau und Liegenschaften (B+L)

Keine Bemerkungen

Direktion Bildung Sport Kultur (BiSK)

Keine Bemerkungen

Direktion Sicherheit und Soziales (Si+So)

Keine Bemerkungen

Direktion Finanzen Ressourcen Umwelt (FiRU)

Keine Bemerkungen

Gemeinderätin Andrea de Meuron bedankt sich im Namen des Gemeinderats für die gute Aufnahme der Jahresrechnung und die Würdigung der Arbeit der Verwaltung. Hinter den sehr wohl interpretationsbedürftigen Zahlen steht die Arbeit der Stadtverwaltung. Zum Stichwort Personalressourcen betont sie, dass viele Aufgaben zu erfüllen sind. Der Rat ist aus den Kommissionen zum Teil mit den grossen Überzeitbeständen und den nicht zu bewältigenden Aufgaben vertraut. Es gibt jedoch auch Stimmen, die eine restriktive Finanzpolitik und eine Konsolidierung fordern. Sie versichert, dass der Gemeinderat eine gute Balance zwischen den verschiedenen Forderungen finden wird. Wenn Mehrausgaben getätigt werden, werden diese immer mit der Schaffung eines Mehrwerts für die Bevölkerung verbunden sein. Als Personalsprecherin ist sie sich der Knappheit an Personalressourcen bewusst und ist bemüht, vorhandene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu behalten, um die anstehenden Aufgaben gut bewältigen zu können.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 Buchstabe a und Artikel 40 Buchstabe i der Stadtverfassung, Artikel 16 des Finanzreglements und Artikel 51 Geschäftsreglement des Stadtrates von Thun sowie nach Kenntnisnahme des Jahresberichts inklusive Jahresrechnung 2021, beschliesst:

1. Bewilligung eines Nachkredites von CHF 5'592'941.30 als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung 2021, Konto 5140.3632.01 für die zusätzliche Dotierung der Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen.
2. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von CHF 32'847'487.51 in der Kompetenz des Gemeinderates, davon CHF 75'557.40 neu und CHF 32'771'930.11 gebunden.
3. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von CHF 472'794.74 in der Kompetenz der Direktion Finanzen Ressourcen Umwelt (gemäss SW 2), davon CHF 47'961.00 neu und CHF 424'833.74 gebunden.
4. Genehmigung der Jahresrechnung 2021:

Aufwand Gesamthaushalt	CHF307'740'604.51
Ertrag Gesamthaushalt	CHF309'017'081.47
Ertragsüberschuss	CHF 1'276'476.96

Aufwand Allgemeiner Haushalt	CHF290'029'182.41
Ertrag Allgemeiner Haushalt	CHF290'029'182.41
Aufwand-/Ertragsüberschuss	CHF 0
Aufwand Spezialfinanzierung Abwasseranlagen	CHF 5'982'284.68
Ertrag Spezialfinanzierung Abwasseranlagen	CHF 6'583'615.44
Ertragsüberschuss	CHF 601'330.76
Aufwand Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung	CHF 6'470'403.95
Ertrag Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung	CHF 6'504'717.09
Ertragsüberschuss	CHF 34'313.14
Aufwand Spezialfinanzierung Feuerwehr	CHF 2'838'689.19
Ertrag Spezialfinanzierung Feuerwehr	CHF 3'590'031.17
Ertragsüberschuss	CHF 751'341.98
Aufwand Spezialfinanzierung Parkinggebühren	CHF 2'204'707.14
Ertrag Spezialfinanzierung Parkinggebühren	CHF 2'243'535.36
Ertragsüberschuss	CHF 38'828.22
Aufwand Spezialfinanzierung Parkplatzersatzabgaben	CHF 215'337.14
Ertrag Spezialfinanzierung Parkplatzersatzabgaben	CHF 66'000.00
Aufwandüberschuss	CHF 149'337.14
Ausgaben Investitionsrechnung	CHF 18'801'795.44
Einnahmen Investitionsrechnung	CHF 7'619'507.60
Nettoinvestitionen	CHF 11'182'287.84

5. Genehmigung des Jahresberichtes 2021.

56. Jahresbericht 2021. Stand der hängigen Motionen und Postulate per 28. Februar 2022

Kenntnisnahme und Abschreibungen

Valentin Borter, **Fraktion SVP**, beantragt die Abschreibung von Punkt 9, konkret der Ziff. 1 betreffend Jugendmotion M 1/2019, weil es dabei um einen Dauerauftrag geht. Der Stadtrat hat den Verpflichtungskredit der Klimastrategie bestätigt. Ebenfalls besteht mittlerweile eine Regelung im übergeordneten Recht, da das Berner Stimmvolk den Klimaartikel angenommen hat. Betreffend Ziff. 2 schlägt seine Fraktion eine Abschreibung vor, da diese Ziffer geprüft und im Stadtratsbericht vom 21. Januar 2022 vom Gemeinderat als nicht erfüllbar definiert wurde. Zusammengefasst beantragen sie: Ziff. 1 wird in «2 - Dauerauftrag» umgewandelt und abgeschrieben und Ziff. 2 wird in «3 nicht erfüllbar» umgewandelt und abgeschrieben.

Thomas Hiltbold (Grüne) findet es unerträglich, wie die heutige Sitzung und insbesondere vorliegendes Traktandum «verpolitisiert» werden. Wenn bisher jemand mit einer Abschreibung nicht einverstanden war, akzeptierte dies der Rat. Dass man jetzt mündlich beantragt, fremde Vorstösse nachträglich abzuschreiben – und dies in einer schwer nachvollziehbaren Komplexität, da es mehrere Ziffern betrifft – findet er politisch unanständig. Wenn es der SVP-Fraktion ernst wäre, hätte sie einen echten Diskurs mit der

Urheberschaft initiieren können. Es geht ihnen jedoch darum, politische Zeichen zu setzen, was für ein gemeinsames Vorwärtkommen hinderlich ist. Er empfiehlt die Ablehnung der Anträge.

Peter Aegerter (SVP) entgegnet an Stadtrat Hiltbold gerichtet, dass es schon länger so ist, dass fremde Fraktionen Anträge auf Abschreibung stellen – unabhängig von der politischen Couleur.

Franz Schori (SP) antwortet auf Stadtrat Aegerters Aussage, dass über (Nicht)Abschreibungen diskutiert wird, wenn ein Vorstoss behandelt wird. Da kommt es vor, dass man einem Vorstoss zustimmt, ihn gleichzeitig jedoch abschreibt, während die Urheber ihn nicht abschreiben wollen. Heute geht es jedoch um ein Dokument, über welches einmal pro Jahr diskutiert wird. Er ist jetzt 13 Jahre im Stadtrat und es gibt ein uraltes Commitment, dass man Vorstösse von anderen Fraktionen nicht abschreibt, ausser diese beantragen es selbst. Das Commitment geht sogar weiter: Wenn eine Fraktion entgegen der Ansicht des Gemeinderats beantragt, einen Vorstoss im Dokument zu belassen und nicht abzuschreiben, unterstützt man diesen Wunsch. Er würde es begrüssen, die gute politische Kultur weiterhin zu pflegen.

Nicole Krenger (glp) erlaubt sich das inhaltliche Statement, dass das Problem, welches der Vorstoss adressiert, noch nicht gelöst ist und zeitnahes Handeln fordert. Auch aus inhaltlicher Sicht darf der Vorstoss deshalb nicht abgeschrieben werden.

Valentin Borter (SVP) versteht die Kritik teilweise durchaus. Bei dem Vorstoss ist jedoch keine einzige anwesende Fraktion involviert, da es sich um eine Jugendmotion handelt. Weiter stört ihn, dass der Antrag «6 - nicht abschreiben» nicht zum Text passt. Er wäre im Sinne eines Kompromisses bereit, den ersten Teil wegzulassen und lediglich über Ziff. 2 abzustimmen. Es wurde mehrmals in den Stadtratsberichten erwähnt, dass das Netto-Null-Ziels bis 2030 nicht möglich ist. Er beantragt die Abschreibung von Ziff. 2.

Gemeinderätin Andrea de Meuron gibt zu bedenken, dass das Anliegen im Rahmen der Klimastrategie behandelt wird, welche noch nicht verabschiedet ist. Wenn der Klimabericht verabschiedet ist und Massnahmen bekannt sind, könnte das Anliegen als behandelt betrachtet werden.

Der Rat lehnt den Antrag auf Abschreibung von Ziff. 2 mit 24 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Alice Kropf, **Fraktion SP**, beantragt die Nichtabschreibung von Punkt 34 (Postulat P 16/2019: Geschlechtergerechte Vertretungen in gemeindenahen Unternehmen), da sich die Situation seit 2019 sogar noch verschlechtert hat. Es ist zwar erfreulich, dass der Gemeinderat das Problem erkannt hat und tätig geworden ist, jedoch reicht das offensichtlich nicht. Eine Abschreibung käme einem Signal gleich, dass alles in bester Ordnung ist. Das ist erst denkbar, wenn sich in der Realität eine Geschlechtergerechtigkeit abbildet.

Der Rat stimmt der Nichtabschreibung grossmehrheitlich zu.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, beantragt die Nichtabschreibung von Punkt 44 (P 7/2020: Tempo 30 für sichere Schulwege), da die Berichterstattung noch nicht vollständig und für alle im Vorstoss genannten Standorte erfolgt ist.

Der Rat stimmt der Nichtabschreibung grossmehrheitlich zu.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 51 seines Geschäftsreglements und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 2. März 2022, beschliesst:

1. Kenntnisnahme vom Stand der hängigen Motionen und Postulate.

2. Die Vorstösse Nrn. 5, 12, 13, 22, 23, 25, 30, 39, 46 und 53 dieses Berichtes werden abgeschrieben.

Sitzungsunterbruch von 18:25 bis 18:35 Uhr

57. Gwattstrasse 25, Sporthalle Lachen, Attraktivierung

Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue Ausgabe von 483'000 Franken für die Attraktivierung der Sporthalle Lachen

Bericht des Gemeinderates 12/2022

Gemeinderat Konrad Hädener betont die Bedeutung der Lachenhalle für die Stadt Thun. Mit ihrer Tribünenkapazität von 1'400 Zuschauern dient die Halle einerseits als Homepage für Wacker Thun, hat aber auch eine grosse polysportive Bedeutung. Heute geht es um den Werterhalt dieser Halle. Es ist eine Tatsache, dass der Standort bei Hochwasser mit dem Grundwasser ein Problem hat. Die Halle musste bereits zweimal künstlich geflutet werden und eine Wiederholung ist nicht ausgeschlossen. Der Gemeinderat findet dennoch, dass es sich lohnt, Geld in die Hand zu nehmen. Selbst wenn alle Neubauprojekte (Doppelhallen in den Schulanlagen Lerchenfeld und Neufeld sowie Wacker-Projekt Thun-Süd) realisiert werden sollten, wird der Rat nicht vor dem Entscheid stehen, die Halle abzubauen – dazu ist sie in einem viel zu guten Zustand. Der Werterhalt, den der Gemeinderat in zwei Teilen beantragt, lohnt sich. Hauptsächlich geht es um den baulichen Unterhalt. Bezüglich Beleuchtung ist der Handlungsbedarf nicht ganz freiwillig, da die heutigen Fluoreszenzröhren im Herbst 2023 verboten werden. Der Ersatz durch eine LED-Beleuchtung ermöglicht es, Strom zu sparen und die Ausleuchtung zu verbessern. Bei der Beschaffung ist ein Ersatz dringend nötig, da die bestehende Anlage mehr ein Ärgernis ist als eine gute Infrastruktur. Auch der Teppichbelag auf der Tribüne muss alters- und hygienebedingt ersetzt werden. Zwei Elemente haben einen etwas anderen Charakter: Es sind zwei Mauerdurchbrüche aus dem Foyer in die Halle geplant, die zu Hospitality-Zwecken Einblick in die Halle gewähren sollen. Wesentlich flexiblere und professionellere LED-Banden sollen die bisherigen Banden im Wettkampfbetrieb ersetzen, auch für TV-Übertragungen. Da sie nicht fix in der Halle installiert sind, können sie auch an anderen Standorten eingesetzt werden. Im Falle einer Realisierung dieses Gesamtpakets gibt die Swiss Handball League ihre schriftliche Zusicherung, dass die Liga-Anforderungen für die nächsten fünf Jahre abgedeckt sind, hoffentlich auch länger. Er legt dem Rat ans Herz, dem Werterhalt zuzustimmen.

Reto Schertenleib, **SAKO B+L**, gibt bekannt, dass das Geschäft in der SAKO B+L unbestritten war, aber dennoch zu diskutieren gab. Verschiedene Kommissionsmitglieder wurden mit der Frage konfrontiert, weshalb so viel Geld in die Lachenhalle investiert werden soll, wenn Wacker Thun doch eine eigene Halle bauen wolle. In der Tat hatte der Zeitungsbericht keine verständnisfördernde Wirkung. Bei vertiefter Betrachtung ist es eine Tatsache, dass man sich auf zwei ganz unterschiedlichen Zeitachsen bewegt. Ein Neubau wird frühestens mittel-, wohl erst langfristig realisierbar sein. Jetzt geht es jedoch um die kurzfristige Sicherung von genügend Sporthallen. Nebst den Attraktivierungsmassnahmen handelt es sich v.a. um Unterhaltsmassnahmen, die sowieso angefallen wären. Ihnen wurde versichert, dass das Minimum gemacht und nicht Luxus verbaut werde. Auch wenn die LED-Banden die eine oder andere Frage aufwerfen, gehören diese heute im Spitzensport zum Standard. Er hat den Eindruck, dass es gelang, sowohl den Bedürfnissen des Spitzensports wie auch denen des Breiten- und Schulsports gleichermassen gerecht zu werden. Die über den Unterhalt hinausgehenden Attraktivierungsmassnahmen erscheinen verhältnismässig, der Vorschlag eines teuren Glasbodens mit LED-Linierung von Seiten der Liga wurde verworfen. Die SAKO B+L ist sehr dankbar, dass sich die Verantwortlichen mit einer guten und günstigen Kompromissvariante durchgesetzt haben – das dürfte wegweisenden Charakter haben, auch für andere Gemeinden. Interessiert hat die Frage, ob Wacker mit dieser Wertsteigerung künftig mehr Miete zahlen müsse. Die Frage wurde nicht direkt beantwortet, da die Direktion BiSK und das ABS zuständig sind. Ihnen wurde jedoch gesagt, die Frage werde bei der nächsten Revision der Verordnung über die Anlagenutzung für

Dritte aufgenommen. Nach all diesen Erwägungen kam die SAKO B+L einstimmig bei einer Absenz zum Schluss, den Verpflichtungskredit zur Bewilligung vorzuschlagen.

Reto Schertenleib, **Fraktion SVP**, befürwortet gute, zeitgemässe Sportinfrastrukturen für den Spitzen-, Breiten- und Schulsport. Der vorliegende Massnahmenkatalog scheint mit gutschweizerischen Kompromissen allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Die SVP-Fraktion begegnet dem Vorhaben deshalb mit Wohlwollen, hat sich aber durchaus auch kritisch damit auseinandergesetzt. Es stört sie, dass eine Liga ohne eigene finanzielle Beteiligung Forderungen aufstellt und den Clubs bei Nichterfüllung mit dem Ausschluss droht. Das scheint ihnen wenig sportlich. Die Stadt hat jedoch gut verhandelt, indem sie sich für eine günstige und ebenso taugliche Lösung einsetzte. Er gratuliert den Verantwortlichen zu diesem Verhandlungserfolg und dankt ihnen für den schonenden Umgang mit den Steuergeldern. Einige Fraktionsmitglieder sind nicht überzeugt von den teuren LED-Banden. Eine grosse Mehrheit anerkennt jedoch, dass die Halle durch die Massnahmen nicht nur saniert, sondern auch attraktiviert wird. Sie sehen ein gewisses Potential zur Gewinnung von zusätzlichen Sponsorengeldern. Es handelt sich um keine Exklusivlösung für Wacker – alle anderen Nutzer können auch profitieren. Die SVP-Fraktion heisst den Verpflichtungskredit einstimmig gut. Bezüglich Miete stellt er die Frage, wann die nächste Revision der Verordnung über die Anlagenbenutzung durch Dritte vorgesehen wird.

Simon Werren, **Die Mitte-Fraktion**, unterstützt die baulichen Massnahmen, da diese allen Nutzenden dienen. Einige Massnahmen sind Wacker-spezifisch, stehen jedoch in einem guten Verhältnis zur Nutzung der Halle. Nur so kann Wacker Thun auch in den nächsten Jahren auf hohem Niveau Handball spielen. Sie sind nun gefordert. Wenn Wacker längerfristig eine neue Halle baut, wären die getroffenen Massnahmen trotzdem zu verantworten. Die Fraktion Die Mitte stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Sarah Zaugg, **Fraktion Grüne/JG**, ist der Ansicht, dass viele der geplanten Massnahmen ohnehin bald nötig wären. Die Fensterdurchbrüche und die LED-Banden sind nicht zwingend nötig, kommen aber auch anderen Vereinen zugute. Im Vergleich mit einem Neubau erscheinen die vorliegenden Kosten vernünftig. Besonders gefällt ihrer Fraktion die pragmatische und tragbare Lösung für den Boden. Das Interesse von anderen Städten bestätigt dies. Sie möchten ausdrücklich den überregionalen Austausch positiv würdigen und würden es begrüßen, wenn auch in Zukunft – auch für grössere Projekte wie ein Hallenbad – überkommunale Richtlinien für die Erstellung von Sportanlagen erarbeitet werden könnten, ganz im Sinne des kantonalen Sportförderungsgesetzes. Die Fraktion Grüne/JG stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Nicolas Glauser, **Fraktion glp/EVP/EDU**, entnimmt der übersichtlichen Kostenaufschlüsselung, dass ein Grossteil der Investition dem Unterhalt zugeschrieben wird. Die verschiedensten Nutzer der Lachenhalle würden sicher bestätigen, dass die Beschallung und Beleuchtung nicht mehr zeitgemäss sind. Er erhofft sich als direkt Betroffener eine Verbesserung mit einer helleren LED-Beleuchtung, damit man z.B. für autogenes Training die Lichter dimmen kann. Einzig das zusätzliche Panoramafenster vom Mehrzweckraum aufs Spielfeld wirkt etwas übertrieben, doch auf Nachfrage hin hat es sie überzeugt, dass diese bauliche Anpassung idealerweise mit den anderen Arbeiten koordiniert wird. Somit ist die Aufwertung der Lachenhalle mit den verschiedenen Massnahmen vernünftig und er hofft, dass sich die Handballliga nicht in Kürze mit neuen Bedingungen melden wird. Seine Fraktion stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Adrian Christen, **Fraktion SP**, begrüsst es, wenn Wacker Thun auch in Zukunft die Heimspiele in Thun austragen kann. Auch die anderen Vereine sollen eine attraktive Lachenhalle vorfinden. Die geplanten Massnahmen sind zweckmässig, finanziell tragbar und erfüllen die Anforderungen der anderen Nutzer. Dass Licht und Beschallung altershalber ersetzt werden müssen, ist nachvollziehbar. Die Attraktivierung des Eingangsbereich und des Merkzweckraums mit den zwei grossflächigen Verglasungen ist eine gute, nachvollziehbare Lösung. Die SP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) erachtet es aufgrund des Verzichts auf eine Dreifach-Wettkampfhalle Thun-Süd als unabdingbar, dass die Lachenhalle den heutigen Anforderungen angepasst wird. Wacker Thun ist

nicht nur ein äusserst erfolgreicher Sportverein, sondern auch ein Tourismusmagnet. Es kommen Zuschauer aus der ganzen Region nach Thun, die den Matchbesuch mit dem Besuch der Stadt und einer Konsumation verbinden. Thun als Tourismusdestination wird dadurch attraktiviert. Auch sie begrüsst, dass mit dem neuen Hallenboden eine kosteneffiziente Lösung erarbeitet wurde, welche den Schul- und Wettkampfbetrieb ermöglicht und offenbar sogar ein nationales Pilotprojekt darstellt. Jedoch stellt sich die Frage, ob es baulich nicht möglich wäre, den Boden besser vor Hochwasser zu schützen. Die FDP wird dem Verpflichtungskredit zustimmen.

Gemeinderat Konrad Hädener freut sich über die Würdigung der geleisteten Arbeit, die zusammen mit der Vertretung von Wacker Thun über fast zwei Jahre erfolgte. Es wurden auch überregionale Aspekte miteinbezogen, Hallen von anderen Gemeinden besichtigt, selbst Hand angelegt und der Aufwand ermittelt. Er schliesst sich dem Votum von Stadtrat Werren an – die Stadt hat ihren Beitrag geleistet, jetzt ist Wacker Thun gefordert! Er wünscht ihnen viel Erfolg.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 11. Mai 2022, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 483'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2220.5040.004 (Bilanzkonto 14040.01.01) für die Ausführung der Attraktivierungsmassnahmen in der Lachenhalle.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

58. Postulat P 1/2022 betreffend Raum der Begegnung und Teilhabe in der Schadaugärtnerei

Fraktion EVP+EDU, Fraktion SP und Fraktion Grüne/JG vom 21. Januar 2022; Beantwortung

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion glp/EVP/EDU**, erläutert die Begriffe Teilhabe, Integration und Inklusion. Teilhabe ist die Grundvoraussetzung einer gelebten Demokratie und umfasst deutlich mehr als die Integration. Er hat die Antwort des Gemeinderats mit zwiespältigen Gefühlen gelesen: Einerseits freute er sich, fragte sich jedoch, ob das jetzt nach dem Motto «Das nehmen wir auch noch in den Topf» abgelegt wird. Er geht davon aus, dass das nicht die Absicht hinter der Annahme des Vorstosses war. Die Schlagzeile «Kunst und Kultur in der Schadaugärtnerei von Thun» würde es höchstens ins Thuner Tagblatt schaffen, während die Schlagzeile «Inklusive Kunst und Kulturbegründeräume der Schadaugärtnerei von Thun – Wie Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigung in einer wundervollen historischen Gartenumgebung gastgeberisch tätig sind» das Potential hätte, auch von anderen Medien abgedruckt zu werden. Natürlich gibt es schon solche Modelle, doch sicher nicht in einer solchen Umgebung und mit einem solchen ganzheitlichen Konzept. Er wünscht sich mehr als nur eine Zwischennutzung, um gemeinsam zukunftsgerichtete Ideen zu entwickeln.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, nimmt den Verpflichtungskredit einstimmig an. Er bedauert jedoch sehr, dass im aktuellen Jahr nur eine eingeschränkte Nutzung der Schadaugärtnerei möglich ist.

Alois Studerus, **Fraktion Die Mitte**, hofft, dass das Sprichwort «Was lange währt, wird endlich gut» auch für die Schadaugärtnerei gilt. In der Abstimmungsbotschaft vom 24. November 2013 zum Kauf der Schadaugärtnerei wollte man Zeit gewinnen, um sich in Ruhe zu überlegen, wie die Parzelle entwickelt werden soll. Um alle Optionen offen zu halten, sollte sie als Anlage in die Liegenschaften des Finanzvermögens erworben werden. Die Stimmberechtigten nahmen die Investition von rund 214 Franken pro Einwohner an. Bisher kam jedoch kein Ertrag rein, es gab eher noch Aufwände. Es wurden Ziele für eine

Zwischennutzung definiert, also eine artfremde Nutzung für eine bestimmte Zeit. Diese ist bekanntlich abgelaufen und der Gemeinderat bemüht sich um eine weitere Nutzung. Zwischennutzung heisst jedoch nicht, dass diese zur eigentlichen Nutzung übergeht. Es wurden mit dem heutigen Parkplatz, dem Kutscherhof, den bestehenden Freiflächen inkl. Orangerie und dem Obstgarten vier Zonen definiert. Das Gelände bietet bauliches Entwicklungspotential, die Schadaugärtnerei könnte auch aufgeteilt werden. Das würde den Spielraum bringen, einen Ertrag zu erwirtschaften oder einen Teil der 9.4 Mio. Franken wieder reinzuholen. Das Postulat P 12/2019 betreffend das Prüfen von Rahmenbedingungen für die Nutzung und Weiterentwicklung der Schadaugärtnerei von der SP und den Grünen schlägt eine konkrete Nutzung vor, die stipuliert, dass in der Schadaugärtnerei eine Kulturinstitution geschaffen werden soll. Für eine Überführung in eine Kulturinstitution müsste aber eine Überführung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen erfolgen. Damit müssten alle einverstanden sein. Er ist der Meinung, dass das bei der Abstimmung 2013 nicht so gedacht war. Auch ist unklar, wie weit und ob das Generationentandem noch dabei ist, nachdem sie die Zusammenarbeit relativ schnell auflösen mussten. Vielleicht müssten die vier Zonen aufgeteilt und einzeln entwickelt werden. Beim Generationenhaus in Bern hat die Burgergemeinde Bern die Führung. In Uster ist es die Stadt und Heitere Fahne in Wabern basiert auf einem Verein. In der Schadaugärtnerei wird bereits vieles umgesetzt, so auch die Zusammenarbeit mit den Schulen oder der Stiftung SILEA. Mit dem Postulat wird ein Raum zur Begegnung mit Teilhabe gefordert. Seine Fraktion meint, dass dieser Vorstoss gesetzlich offene Türen einrennt. Es bleibt offen und undefiniert, was unter «Raum der Begegnung» und «Teilhabe» verstanden wird. Auch wurden die verschiedenen Vereine immer wieder einbezogen. Dem Gemeinderat ist das offenbar klar. Die Mitte-Fraktion folgt trotz der kritischen Bemerkungen dem Gemeinderat und nimmt das Postulat an.

Franz Schori, **Fraktion SP**, ist sehr erfreut über den Antrag des Gemeinderats, die Ausführungen von Stadtrat Baumann-Fuchs zu den Begrifflichkeiten und über das Votum seines Vorredners zur Überführung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen. Die Schadaugärtnerei bietet vielfältige Möglichkeiten und dieser Treffpunkt soll allen Thunerinnen und Thunern offenstehen sowie auch Leute aus umliegenden Gemeinden anziehen. Mit der Überweisung des Postulats können sicher viele Inputs zur Weiterentwicklung abgegeben werden. Er schliesst mit dem Zitat von der Website der Ideenliste Heitere Fahne «Der Idealismus fordert die Realität zum Tanz auf».

Christoph Lauener, **Fraktion SVP**, ruft in Erinnerung, dass das Grundstück sehr rar ist und als Reserve der Stadt Thun betrachtet werden muss. Er begrüsst die Übergansnutzung, zu deren Verlängerung bis 2024 aktuell ein Gesuch beim Regierungsstatthalteramt vorliegt. Seine Fraktion freut sich über Innovationen, die ohne Subventionen der Stadt funktionieren. Er persönlich kann sich aber auch gut vorstellen, dass dort einmal eine Jugendherberge entsteht. Die SVP-Fraktion folgt dem Gemeinderat.

Claude Schlapbach (FDP) freut sich, dass das Areal attraktiver geworden ist. Allerdings darf man die Nachbarschaftsverträglichkeit nicht aus den Augen lassen. Die FDP unterstützt die Weiterführung der Zwischennutzung, jedoch fehlt ihnen die strategische Ausrichtung für eine zukünftige Nutzung. Gibt es eine Roadmap? Die Zwischennutzung sollte eine spätere Endnutzung nicht beeinträchtigen. Die FDP stimmt dem Postulat zu.

Der Stadtpräsident bedankt sich für die gute Aufnahme. Er stellt fest, dass die Schadaugärtnerei einmalig und ein emotionales Thema ist. Man hat manchmal das Gefühl, dass dort gar nichts passiert. Das täuscht jedoch, wenn man schaut, wie viele Anlässe seit dem Erwerb stattgefunden haben. Zonenrechtlich problematisch ist die Gastronutzung. Eine Zonenplanänderung ist als Teil der Ortsplanungsrevision im Gange, jedoch dauert das ordentliche Planerlassverfahren lange. Parallel dazu hat der Gemeinderat bei der Regierungsstatthalterin ein Gesuch für die Gastronutzung gestellt. Er gibt jedoch Stadtrat Schlapbach Recht, dass die Quartierverträglichkeit gewährleistet werden muss. Im Rahmen der Evaluation der Nutzung wurde mit den Anwohnern Kontakt aufgenommen, die zuerst dort waren und legitimerweise Fragen und Einwände haben. Aus diesem Grund war dem Gemeinderat eine seriöse Evaluation wichtig, auch um eine konfrontative Situation zu verhindern. Er wird beim Regierungsstatthalteramt ein Gesuch um vorzeitige

Baubewilligung einreichen mit der Bereitschaft, allfällige Auflagen für ein Gastroangebot einzuhalten. Bezüglich Finanzen ist die Schadaugärtnerei so einzigartig, dass es viel wichtiger ist, das Richtige zu tun, als es schnell zu tun. Das Gelände wurde für die kommenden Generationen erworben und die Arealentwicklung muss seriös geprüft werden. Erst danach wird die Frage nach der Einordnung ins Verwaltungs- oder Finanzvermögen zu beantworten sein. Er hofft, dass noch diesen Sommer Fortschritte erzielt werden können.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

59. Postulat P 4/2022 betreffend Schaffung eines Arbeitsintegrationsprogrammes und gleichzeitig Food Waste bekämpfen

Alice Kropf (SP), Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG, Nicole Krenger (glp) und Nicolas Glauser (glp) vom 17. Februar 2022; Beantwortung

Alice Kropf (SP) dankt dem Gemeinderat für seine ausführliche Antwort und betont, dass es nicht um eine Konkurrenz zu privaten Angeboten geht, sondern um eine Kooperation, auch gerade in Sachen Fachwissen. Ihr fehlt in der Antwort der Wille zur Innovation. Ein wichtiges Ziel der Arbeitsintegration ist die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Aktuell sind sehr dringend Gastronomie-Fachkräfte gesucht. Sie könnte sich gut ein Angebot vorstellen, wo Gastronomie-Skills erlernt werden unter Verwendung von Produkten, die sonst vernichtet werden würden. Gerade im Hinblick auf die anstehenden Veränderungen auf kantonaler Ebene sind mehr Angebote gefragt, die sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts orientieren. Aus diesen Gründen möchte sie der Idee eine Chance geben für eine eingehende Prüfung und stellt einen Gegenantrag zum Gemeinderatsantrag auf Annahme und Nichtabschreibung.

Eveline Salzmann, Fraktion SVP, findet die Bekämpfung von Food Waste und die Fachstelle Arbeitsintegration sehr wichtig. In diesem Fall ist der Zusammenschluss von zwei guten Anliegen jedoch nicht sinnvoll. Die finanziellen und personellen Ressourcen der Gemeinde sind beschränkt und müssen gebündelt werden. Im Bereich der Vermeidung von Food Waste ist die Nachfrage nach einer Arbeitsmarktintegration nicht gross genug. Sie glaubt auch nicht, dass die einfache Verarbeitung von Lebensmitteln zu Skills im Bereich der Gastronomie führt. Weil im Alpenrösli nicht wirklich gekocht werden kann, ist dort eine Verbindung des Angebots nicht möglich. Das Postulat erwähnt die Zusammenarbeit mit privaten Anbietern, die ein solches Angebot initiieren würden. Privatpersonen oder sonstige Anbieter von Lebensmitteln, die nicht der Norm entsprechen, könnten sich mit bereits bestehenden Angeboten der Stadt Thun – z.B. der Stiftung TRANSfair oder dem Caritas-Markt – zusammenschliessen oder sich für eine Zusammenarbeit direkt an Restaurants, Altersheime etc. wenden. Die SVP-Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Cloe Weber, Fraktion Grüne/JG, findet es wichtig, dass sich die öffentliche Hand, Unternehmungen und Privatpersonen dem Problem der unnötigen Verschwendung von Ressourcen annehmen. Die Möglichkeiten, wie man gegen Food Waste vorgehen kann, sind noch nicht ausgeschöpft. Die Sensibilisierung der Bevölkerung ist sicherlich sinnvoll, reicht allein jedoch nicht aus. Arbeitsintegrationsprogramme sind eine sinnvolle Ergänzung. Sie ist überzeugt, dass Menschen, die im Rahmen der beruflichen Integration Erfahrungen mit der Verarbeitung von Lebensmitteln sammeln, später auf dem Arbeitsmarkt auch in der Gastronomie und der Produktion gute Chancen haben werden. Die Fraktion Grüne/JG nimmt das Postulat einstimmig an und unterstützt den Antrag der SP auf Nichtabschreiben.

Ronald Wyss, Fraktion Die Mitte, sieht im Postulat ein wichtiges Anliegen. Es ist unbestritten, dass man dem Food Waste entgegenhalten muss. Die Verbindung mit einem Arbeitsintegrationsprogramm macht

Sinn. Die Ausführungen des Gemeinderats zeigen jedoch, dass das Thema auf Stufe Kanton behandelt wird. Die Mitte-Fraktion schliesst sich deshalb dem Gemeinderat an.

Nicolas Glauser, **Fraktion glp/EVP/EDU**, begrüsst jeden Beitrag zur Vermeidung von Food Waste – insbesondere, wenn er sich mit einer anderen Aufgabenerfüllung wie der Arbeitsintegration kombinieren lässt. Leider hat sich im Bereich Lebensmittel keine konkrete Anwendungsmöglichkeit aufgedrängt. Was nicht ist, kann aber noch werden! Seine Fraktion hofft, dass das Postulat später zu einer Einsatzmöglichkeit führen wird, und nimmt es an bei einer gleichzeitigen Abschreibung.

Markus van Wijk (FDP) dankt dem Gemeinderat für seine umfassende Stellungnahme, die klar aufzeigt, wo Handlungsbedarf besteht und wo nicht. Als Beispiel für eines der zahlreichen Unternehmen, welche Initiative ergriffen haben, nennt er die App «Too Good To Go» mit 1.7 Mio. registrierten Nutzern. Dieses Beispiel zeigt, dass die Thematik im privaten Haushalt angekommen ist. Auch hat er beobachtet, dass sich immer mehr Gäste in Restaurants ihre Reste einpacken lassen. Viele Konsumentinnen und Konsumenten schätzen heute die Individualität von kunstvoll geformten Karotten. Städtische Aktionspläne wirken im Vergleich zu den privaten Initiativen jedoch eher subeffizient und verursachen grossen Mehraufwand. Die FDP nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Gemeinderat Peter Siegenthaler hat «Too Good To Go» ausprobiert und ging um halb sieben Uhr abends mit acht Gipfeli und zwei Crèmeschnitten nach Hause, was nicht seinem eigentlichen Bedarf entsprochen hat. Der Gemeinderat teilt absolut die Meinung, dass Food Waste ein grosses Problem ist. So werden nur im Einzugsgebiet der ARA Bern pro Jahr 60'000 Tonnen Lebensmittel verbrannt. Der Gemeinderat hat im Jahr 2021 mit einer Spende von 3'000 Franken an «Madame Frigo» bewusst einen Beitrag geleistet. Bezüglich Fachbereich Arbeitsintegration ist die aktuelle Situation schwierig. Der Kanton hat angekündigt, die Beiträge für das nächste Jahr um ca. weitere 100'000 Franken zu kürzen, was eine Überprüfung des Angebots bedeutet. Er bittet den Rat deshalb, den Fachbereich Arbeitsintegration nicht mit zusätzlichen Aufträgen zu belasten – auch wenn diese gut gemeint sind. Es geht jetzt darum, den Betrieb zu stabilisieren.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an und schreibt es grossmehrheitlich ab.

60. Interpellation I 2/2022 betreffend Publikumsorientierte Erdgeschossnutzungen in der Altstadt

Alice Kropf (SP) und Fraktion SP vom 17. Januar 2022; Beantwortung

Alice Kropf (SP) dankt dem Gemeinderat für seine Ausführungen und die erfreulichen Antworten. Sie hat gesehen, dass verschiedenen Massnahmen zum Erfolg führen, befürchtet aber, dass dies nur teilweise passieren wird. Deshalb behält sie sich vor, zu einem späteren Zeitpunkt verbindliche Vorgaben analog zur Berner Altstadt zu fordern. Sie ist befriedigt und verlangt keine Diskussion.

61. Interpellation I 3/2022 betreffend MS Oberhofen

Philipp Deriaz (SVP) und Fraktion SVP vom 17. Januar 2022; Beantwortung

Philipp Deriaz (SVP) ist von der Antwort befriedigt, wünscht aber trotzdem eine kurze Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Philipp Deriaz (SVP) findet es erstaunlich, wie positiv sich der Gemeinderat zu dem Geschäft äussert und vermutet, dass dies mit dem öffentlichen Interesse zu tun hat. Er dankt der IG MS Oberhofen und ihren heute Abend anwesenden Vertretern, die sich unermüdlich für den Erhalt des Schiffs eingesetzt haben. Die Gründe für die eher ablehnende Haltung – z.B. die Begründung, es passe nichts ins Orts- und Landschaftsbild, sei verkehrstechnisch schwer erschliessbar oder die Grünflächen könnten von den Tausenden Gästen zertrampelt werden – waren schwer nachvollziehbar. Die Gemeinde sollte gute Voraussetzungen schaffen und Hürden abbauen, damit Private das Projekt tragen können.

Alwin Hostettler, **Fraktion Grüne/JG**, steht der Idee, für die MS Oberhofen einen neuen Verwendungszweck zu finden, offen gegenüber. Dass ein Liegeplatz für den Winter gefunden wurde und die Stadt mit der IG sowie der BLS Schifffahrt den Dialog aufgenommen hat, begrüsst er. Ihn freut persönlich besonders, dass die Schifffahrt auf so viel Sympathie stösst. Man darf den kostspieligen Unterhalt und Betrieb eines Schiffs jedoch nicht vergessen. Die Fraktion Grüne/JG pflichtet der Antwort des Gemeinderats bei.

Alois Studerus, **Fraktion Die Mitte**, ist von der Antwort auf die Interpellation befriedigt. Die Finanzierung eines solchen Unternehmens ist immer ein Thema, das längerfristig angeschaut werden muss. Er ist froh, dass diese Lösung für den Winter gefunden wurde und das Schiff die Bedeutung und Funktion erhält, für die es gebaut wurde.

Adrian Christen, **Fraktion SP**, unterstützt die Haltung des Gemeinderats und begrüsst, dass er sich zu dieser Variante durchringen konnte. Offen ist nach wie vor die Frage, wo das Schiff in der Zwischensaison ankert. Es ist wichtig, dass der Gemeinderat das Projekt auch in Zukunft bestmöglich unterstützt. Es wird sicher nicht einfach, ein solches Schiff auch in Zukunft auf dem Thunersee fahren lassen zu können.

Claude Schlapbach (FDP) betont die Bedeutung des MS Oberhofen für die Geschichte der Thuner Schifffahrt. Als er die Antwort las, hatte er den Eindruck, dass es sich um einen Selbstläufer handelt. Ob der Betrieb selbsttragend ist, wird sich zeigen. Er ist gespannt auf die neue Eigentümerschaft.

Der Stadtpräsident ist sehr froh über diese Lösung. Der Gemeinderat suchte bewusst einen Weg, der es ermöglicht, das Schiff nicht einfach zu parkieren, sondern eine gewisse Bewegung zu ermöglichen. Dieser konnte zusammen mit der BLS gefunden werden. Auch zeichnet sich mit der Hoffstetten-Ländte eine Lösung für einen Stellplatz während der Betriebszeit ab. Wenn man zusammen redet, findet sich für eine gute Sache auch eine gute Lösung.

62. Interpellation I 1/2022 betreffend Gleichbehandlung der Kulturinstitute in der Stadt Thun

Fraktion SVP vom 17. Februar 2022; Beantwortung

Mathias Berger, **Fraktion SVP**, ist von der Antwort befriedigt und wünscht keine Diskussion.

63. Fragestunde F 10/2022 betreffend Liegenschaftssteuer

Fraktion SVP vom 13. Juni 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 10/2022 wird schriftlich beantwortet.

64. Dringliches Postulat P 16/2022 betreffend geplante Reorganisation der Führungsstrukturen der Thuner Volksschulen, betreffend LeGo; Sonja Graf (SVP) vom 16. Juni 2022; Dringlichkeitsbeschluss

Sonja Graf (SVP) begründet die Dringlichkeit damit, dass die Stadt Thun gemäss Medienmitteilung vom 8. April 2022 die Führungsorganisation der Volksschulen optimieren will. Bis im Sommer 2022 sollen Modellvorschläge erarbeitet werden. Punkt 1 des Postulats betrifft die Schulleitung in Goldiwil.

Der Stadtpräsident rät davon ab, die Dringlichkeit zu gewähren. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass man den laufenden Prozess nicht komplizieren und mit einer zusätzlichen Frage anreichern, sondern diese separat klären sollte.

Der Rat lehnt die Dringlichkeit grossmehrheitlich ab.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident hat es verpasst, Mathias Berger zu seiner Wahl als Schulkommissionspräsident zu gratulieren, was er an dieser Stelle nachholt.

Der Stadtratssekretär gibt bekannt, dass das Protokoll der heutigen SR-Sitzung aufgrund des kurzen Zeitabstands zur nächsten Sitzung erst nach den Sommerferien zur Genehmigung vorliegen wird.

Der Stadtpräsident stellt den Reiseführer zur Attraktivierung der Innenstadt vor, der an der heutigen Sitzung allen Stadratsmitgliedern abgegeben wird. Das Produkt geht auf einen Stadratsbeschluss mit dem Ziel der Attraktivierung der Thuner Innenstadt zurück. Der Reiseführer wurde der SAKO vorgestellt und diese wünschte, dass der Stadtpräsident einige Worte zur Einordnung an den Rat richtet. Der Reiseführer ist ein Gemeinschaftswerk, das in Zusammenarbeit mit Interessengruppen aus der Bevölkerung und mit Unterstützung von externen Fachleuten entstanden ist. Es handelt sich um ein digitales Instrument mit konkreten Massnahmen und Umsetzungsideen, aber auch Visionen, da die Stadt dynamisch ist und die Dialogplattform Anregungen einfliessen lassen soll. «Reiseführer» heisst es auch deshalb, weil gewisse Massnahmen in Arbeit oder schon umgesetzt sind. Das Handbuch soll Ideen geben, auch für den Stadtrat, der zu deren Priorisierung politisch Einfluss nehmen kann. Es ist die erste Fassung und der Stadtpräsident freut sich auf die Mitwirkung unter dialog.thun.ch.

Der Stadtratssekretär verliest das Rücktrittsschreiben von Stadtrat Marc Barben.

Der Stadtratspräsident betont, dass ihm jeder Rücktritt nahegeht, aber der von Stadtrat Barben besonders. Er hat ihn als feinen Politiker und Stadtrat kennengelernt. Mit seinen Voten schlug Stadtrat Barben nicht wild um sich, sondern focht und traf zielsicher, was es zu sagen gab. Er bedauert seinen Rücktritt ausserordentlich und wird die höchst interessanten Diskussionen und ihre Zusammenarbeit vermissen. Für die neu gewonnene Freizeit wünscht er Marc Barben viel Freude und dankt ihm herzlich für seinen Einsatz im Stadtrat.

Der Stadtratspräsident weist den Rat auf die Einladung für das Apéro riche vom 1. September nach der Stadtratssitzung hin und bittet um eine rechtzeitige Anmeldung direkt bei ihm.

Eingänge

- Motion M 3/2022 betreffend Zuwendungen nur an politisch neutrale Organisationen; Valentin Borter (SVP), Philipp Deriaz (SVP), Christoph Lauener (SVP) vom 16. Juni 2022
- Postulat P 16/2022 betreffend geplante Reorganisation der Führungsstrukturen der Thuner Volksschulen, betreffend LeGo; Sonja Graf (SVP) vom 16. Juni 2022
- Postulat P 17/2022 betreffend Prüfung der Stromkapazität der Niederspannungs-Stromnetze in den Quartieren der Stadt Thun; Christoph Lauener (SVP), Fraktion SVP vom 16. Juni 2022

- Postulat P 18/2022 betreffend Förderung der Biodiversität bei Verkehrsprojekten, Gebäudesanierungen und Areal-Entwicklungen; Franz Schori (SP), Marc Barben (Grüne), Valentin Borter (SVP), Nicolas Glauser (glp), Nicole Krenger (glp) vom 16. Juni 2022
- Postulat P 19/2022 betreffend klimaangepasstes Thun dank entsiegelten Strassenräumen; Franz Schori (SP), Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG, Fraktion glp/EVP/EDU vom 16. Juni 2022
- Postulat P 20/2022 betreffend Umbenennung General-Wille-Strasse zu Gertrud-Woker-Strasse; Alice Kropf (SP), Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG, Fraktion glp/EVP/EDU vom 16. Juni 2022
- Postulat P 21/2022 betreffend Verlängerung der «Mediterrane Nächte»; Alice Kropf (SP), Fraktion SP, Valentin Borter (SVP), Thomas Bieri (SVP), Peter Aegerter (SVP), Nicole Krenger (glp), Markus van Wijk (FDP), Fraktion Grüne/JG, Ronald Wyss (Die Mitte) vom 16. Juni 2022

Der Stadtratspräsident



Martin Allemann

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder